



Saas-Almagell | Zu Besuch bei Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten

Keine Nachfolgerin in Sicht



Staatsratspräsidentin. Esther Waeber-Kalbermatten blickt auf ein intensives Regierungsjahr 2018 zurück.

FOTO WB

Esther Waeber-Kalbermatten ist noch bis Ende April Staatsratspräsidentin. Zum letzten Mal. Sorge bereitet ihr, dass bei den nächsten Staatsratswahlen keine Frau mehr in die Regierung gewählt werden könnte.

Derzeit ist in keiner Partei absehbar, dass eine Frau auf eine

Liste für die Staatsratswahlen 2021 gesetzt wird. Nicht einmal bei ihrer Hauspartei, der SP. So gesehen wäre Esther Waeber-Kalbermatten vorläufig die letzte Frau in der Regierung. Sollte 2021 tatsächlich keine Frau gewählt werden, wäre das ein Rückschritt und ein sehr schlechtes Signal an die Walliser Frauen, betont die Staatsratspräsidentin. |



Interview | Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten blickt auf das Regierungsjahr 2018 zurück

«Es war ein sehr intensives Jahr»



Viel zu tun. Die Erweiterungsbauten der Spitäler Sitten und Brig werden die Staatsratspräsidenten im kommenden Jahr stark beanspruchen.

FOTO WB

Interview: Werner Koder

SAAS-ALMAGELL | Ein paar Tage Ferien in ihrer Heimat zuhinterst im Saastal, gemeinsam mit ihrem Mann, ihren drei erwachsenen Söhnen, den Schwiegertöchtern und vier Enkelkindern. Zeit zum Entspannen, aber auch Zeit, um über das vergangene Jahr zu reflektieren.

Frau Staatsratspräsidentin, wie verbringen Sie

Ihren Weihnachtsurlaub?

«Es ist die ganze Familie zusammen und wir alle geniessen die Zeit miteinander, insbesondere, da auch der jüngste Sohn, welcher mit seiner Familie in den USA lebt, über Weihnachten hier ist. Ich koche gern für die ganze Familie, gestern war ich auch zum ersten Mal auf den Ski.»

Jetzt ist Winter-Hochsaison, das Saastal hat Krisenzeiten hinter sich. Wie

beobachten Sie die Entwicklung?

«Der Tourismus ist an einem schwierigen Punkt, bedingt durch Konkurrenz in Sachen Preis wie auch Angebot, aber auch wegen des hohen Investitionsbedarfs in die Infrastrukturen. Durch den Klimawandel wird ein 4-Saison-Tourismus aktuell, so kann etwa der farbige Lärchenherbst im Saastal noch besser vermarktet werden.»



Apropos Klima, wie ist das Klima in der jetzigen Regierung?

«Wir haben im aktuellen Staatsrat ein sehr dynamisches Klima. Mit Jacques Melly und mir sind wir zwei Mitglieder, die erfahren sind und viele Projekte aufgegleist haben, die wir weiterbringen wollen. Und die neu gewählten Mitglieder wollen beweisen, was sie können. In diesem Sinn haben wir eine sehr gute Dynamik. Das schlägt sich mitunter im mehrjährigen erstmals erarbeiteten Regierungsprogramm nieder. In der darauf basierenden sogenannten Agenda 2030 hat der Staatsrat die Ziele der nachhaltigen Entwicklung formuliert. Sowohl in der Gesamtregierung wie auch in den Departementen ist derzeit viel in Bewegung im Wallis, das letzte Jahr war sehr intensiv.»

Woran haben Sie am meisten gearbeitet?

«Nebst der Agenda 2030 und dem Regierungsprogramm sind dies unter anderem der Ausbau der ETH-Antenne in Sitten, die Planung der Spitalerweiterungsbauten in Sitten und Brig, die Begleitung des neuen Spitals in Rennaz, die Abstimmung über den Verfassungsrat, die Sanierung der Pensionskasse des Staatspersonals, die Aufgleisung der Wettbewerbe für La Castalie und den Neubau eines Kollegiums in Sitten, die Neustrukturierung der Strafanstalten, der Wettbewerb für die Einsatzzentralen der Polizei und der Nummer 144 unter einem Dach. Zusätzlich hat der Staatsrat aber auch politische Akzente gesetzt, indem wir mehrere

Entscheide trafen, um die Regionen zu stärken. So haben wir beschlossen, dass die Physiotherapieschule nicht nur in Leukerbad bleibt, sondern ausgebaut werden soll. In der letzten Sitzung vor Weihnachten hat der Staatsrat auch entschieden, dass die Walliser Schule für Kunst und Gestaltung in Siders bleibt und die Planung eines Neubaus in Angriff genommen werden soll. Auch fiel der Grundsatzentscheid, dass die bisherigen Angebote der Kantonsverwaltung in den Regionen, wie etwa die Polizei, die Betreibungs- und Konkursämter, die Grundbuchämter, weiterhin dezentral angeboten werden sollen. Das Ziel sind kantonale Verwaltungszentren in Visp, Siders, Sitten, Martignach und Monthey. Ab Januar 2019 will der Staatsrat unter meinem jetzigen Präsidium erstmals sogenannte Extra-muros-Sitzungen halten und so vermehrt auf die Regionen zugehen. Wir wollen uns anhören, welche Themen am meisten bewegen. Am 23. Januar starten wir damit im Bezirk Visp, es ist ein Austauschgespräch mit dem Präfekten und den Gemeindepräsidenten des Bezirks geplant.»

Das Wallis hat politisch auch auf Bundesebene für Furore gesorgt.

«Richtig. Im November wurde Jean-René Fournier zum Ständeratspräsidenten gewählt. Das ist eine Ehre für das Wallis. Und knapp zwei Wochen später erhielten wir sogar eine Bundesrätin. Die Wahl von Viola Amherd ist ein ganz spezielles Ereignis für unseren Kanton. Sie kennt als ehemalige Stadt-

präsidentin und Nationalrätin die Walliser Anliegen und wird diese auf die eine oder andere Art in die Bundesregierung einbringen. Ich war sehr nahe bei der Wahl dabei und es freut mich sehr für Viola Amherd. Wir waren zusammen im Stadtrat von Brig-Glis. Sie wurde später Stadtpräsidentin, ich Staatsrätin. Und nun ist sie Bundesrätin. Das hätten wir uns damals so nie und nimmer vorgestellt.»

Sie sind eine eher pragmatische SP-Vertreterin in einer bürgerlich dominierten Regierung. Müssen Sie sich arg «verbiegen»?

«In den vergangenen Jahren habe ich durchaus die Erfahrung gemacht, dass ich mit meinen Vorschlägen und Projekten gut angekommen bin, auch wenn meine Kollegen bürgerliche Politiker waren. Die Hauptdiskussion spielt sich letztendlich beim Budget ab. Denn ohne Geld lässt sich kein Projekt realisieren.»

«Im Budget 2019 habe ich zum ersten Mal jenes Geld erhalten, welches ich in meinem Departement auch brauche»

Esther Waeber-Kalbermatten
Staatsratspräsidentin



Bei der Budgetdebatte läuft die Diskussion immer gleich ab. Die Linksalianz wünscht sich mehr Geld für Krankenkassen-Subventionen und Sozialwerke. Und die Bürgerlichen blocken ständig ab, mit dem Hinweis auf PAS 1 und die doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse. «Das war für mich tatsächlich der schwierigste Punkt der ganzen Regierungsarbeit: die harten Sparmassnahmen von PAS 1 und PAS 2 bei der Subventionierung der Krankenkassenprämien. Ich hatte grosse Mühe damit. Zum Glück sind wir jetzt in einer besseren Situation, in der wir sogar Geld für schwierigere Zeiten auf die Seite legen und verschiedene Fonds alimentieren können. Im Budget 2019 habe ich zum ersten Mal jenes Geld erhalten, welches ich in meinem Departement für die Gesundheit und das Soziale auch brauche. Dies, nachdem ich in den letzten Jahren trotz aller Sparmassnahmen jeweils ein Defizit von zehn Millionen in der Rechnung hatte. Für 2019 konnten auch die Beträge für die Subventionierung der Krankenkassenprämien erhöht werden, sodass rund 1000 Personen zusätzlich Subventionen erhalten.»

Sie sind bislang die einzige Frau in der Walliser Regierung. Wenn ich nun auf die Staatsratswahlen 2021 vorausblicke, besteht die Gefahr, dass die SP aus der Regierung fliegt und fünf bürgerliche Männer an die Macht kommen.

«Das wäre nicht gut für das Wallis, es wäre ein glasklarer Verlust. Denn es sollten alle massgebenden Parteien in die Verantwortung der Macht eingebunden sein und auch die Geschlechter sollten angemessen vertreten sein. Das sahen wir gerade erst bei den Bundesratswahlen. Die ganze Schweiz findet, es sei gut, dass nun drei Frauen in der Regierung sitzen.»

Dennoch besteht die oben beschriebene Gefahr. Wenn die SP mit Mathias Reynard ins Rennen geht und die SVP auf Franz Ruppen setzt, könnte es durchaus so kommen, dass die SP aus der Regierung fliegt. Und falls die CVP als Melly-Ersatz keine Frau aufstellt, wird es ein reiner Männer-Verein.

«Diese Gefahr gilt es zu bannen. Das wäre ein gewaltiger Rückschritt. Schauen Sie mal, welches Frauenjahr wir nun haben. Ich bin Staatsratspräsidentin, Anne-Marie Sauthier-Luyet ist Grossratspräsidentin, Madeleine Heiniger steht der Justizkommission vor, Stéphanie Favre präsidiert die Finanzkommission und Marianne Maret ist Chefin der Geschäftsprüfungskommission. Das ist ein starkes Signal an die Walliser Frauen, sich politisch zu engagieren. Vordergründig stehen aber die Parteien in der Verantwortung, dies sowohl auf Gemeinde- wie auf Kantonsebene. Punkto Frauen im Parlament steht das Wallis an zweitletzter Stelle der Kantone.»

Vor Kurzem ist der Verfassungsrat vereidigt worden. Um allen relevanten Kräften einen Sitz in der Regierung zu garantieren, müsste man nicht die Anzahl der Staatsräte auf sieben erhöhen? Bei sieben wäre auch die Chance für Frauen grösser.

«Falls man die Anzahl Regierungsmitglieder auf sieben erhöht, müsste man das Proporzsystem einführen, damit alle massgebenden Parteien Einsitz in der Regierung haben. Ansonsten bin ich für die Beibehaltung von fünf Staatsräten. Unsere Formel ist dynamisch und zugleich administrativ sehr zielführend, da oft Entscheide mehrere Departemente betreffen.»

Wenn man bei fünf Sitzen bleibt, könnte die CVP ja freiwillig auf einen ihrer drei Sitze verzichten und nur zwei Kandidaten ins Rennen schicken, so wie dies alt Ständerat Rolf Escher schon seit Jahren fordert. Auf diese Weise wäre garantiert, dass alle Parteien einen Sitz in der Regierung haben.

«Es liegt nicht an mir, mich in die Angelegenheiten der CVP einzumischen.»

Zurück zur Alltagspolitik. Die Walliser Spital-Landschaft wird massiv umgekrempt. Wie ist der Stand der Dinge?

«Die beiden Erweiterungspläne der Spitäler in Sitten und Brig sind weit fortgeschritten. Die bestehenden Bauten beinhalten die Patientenzimmer, in den Erweiterungsbauten werden die Technik, die



Operationssäle, der Notfall untergebracht. Diese sehr gute Lösung entspricht faktisch neuen Spitälern. In der Mai-Session sollen beide Projekte vom Grossen Rat behandelt werden. 2014 waren 400 Millionen für sämtliche Spitalumbauten im Wallis veranschlagt. Neuere Berechnungen zeigen, dass rund 500 Millionen Franken notwendig und vom Spital Wallis finanzierbar sein werden.»

In den Dörfern gibt es kaum mehr Hausärzte.

Was ist zu tun?

«Auch in den Spitälern gibt es zunehmend einen Ärztemangel. Grundsätzlich bildet die Schweiz zu wenig eigene Ärzte aus. Ärzte aus anderen Ländern müssen einspringen, wobei bei der Praxiseröffnung auf den Bedarf der Region geachtet wird und zusätzlich drei Jahre Spitalerfahrung verlangt werden.»

Ausblick 2019: Welche Projekte liegen Ihnen am meisten am Herzen?

«Ganz sicher die Erweiterungs-

bauten der Spitäler. Dann steht eine Revision des Gesundheitsgesetzes an. Ich will zudem einen Bericht zu den Familien mit Kindern im Wallis und einen Bericht zur Armut präsentieren. Und auch in der Alterspolitik stehen Entscheidungen an. Bisher bestand der Fokus auf Unterstützung und Pflege von älteren und kranken Menschen. Künftig soll die Alterspolitik auch auf aktive Senioren und Seniorinnen ausgerichtet werden.»